

LANDGERICHT

Tiefgaragen-Drogenprozess geht zu Ende

Das Urteil wird nächste Woche fallen - 29-Jähriger soll bereits verurteilten 52-jährigen Gastwirt aus Ludwigsburg mit Rauschgift versorgt haben

VON BERND WINCKLER

Nachdem einer der LKA-Ermittler inzwischen als „Maulwurf“ enttarnt und aus dem Fall abgezogen ist, sind im Ludwigsburger Tiefgaragen-Drogenprozess die Zeugen recht zurückhaltend. Der Tatort des Drogenhandels war die Garage eines 52-jährigen Gastwirts in der Leonberger Straße. Der Lieferant der Drogen sitzt seit vielen Wochen schon in Stuttgart auf der Anklagebank. Der Mammutprozess soll am nächsten Freitag mit einem Urteil enden.

Zwei große Drogenprozesse, die derzeit am Stuttgarter Landgericht laufen, haben in den letzten Tagen negative Schlagzeilen verursacht. Ein Verteidiger hat in einem Prozess, in dem es um fast eine Tonne Drogen geht, den verdeckt arbeiten-

den LKA-Ermittler als „Maulwurf“ auf-fliegen lassen. In dem Verfahren gegen den 29-jährigen Angeklagten, der einem Ludwigsburger Gastwirt mehr als 13 Kilo Rauschgift geliefert haben soll, sind deshalb neue Ermittler des LKA und der Polizei-direktion in Böblingen sowie den Polizei-dienststellen Ludwigsburg tätig.

Es ging um Maschinenpistolen

Ein 57-jähriger Kriminalhauptkommissar, der bereits im Verfahren gegen den Ludwigsburger Gastwirt vor drei Jahren tätig war, berichtete nur wenig von seinen Ermittlungen gegen den Angeklagten – viel durfte er aufgrund einer sehr beschränkten Aussagegenehmigung nicht sagen, um die untergeordneten verdeckten Ermittler nicht in Gefahr zu bringen.

Die Drogen- und Waffengeschäfte aus

dem Jahre 2017 in der Leonberger Straße sind zwar schon in einem anderen Urteil gestüht. Allerdings war der Fall noch nicht ganz aufgeklärt. Um weiterzukommen, hat die Polizei damals zu einer ganz besonderen Ermittlungspraxis gegriffen: Zur Fahrzeug Innenraumüberwachung. Vor allem das Fahrzeug des Gastwirts, der aus Griechenland stammt und bereits letztes Jahr wegen Waffen- und Rauschgift-handel zu zwölf Jahren Haft verurteilt wurde, war das Ziel dieser neuen Ermittlungsmasche. Man habe gewisse Umbauten an dem BMW vornehmen müssen – alles natürlich im Geheimen. Der Einbau der Abhöreinrichtung hat offensichtlich nur Minuten gedauert. Das Hör-Ergebnis sei entsprechend schlecht in der Qualität gewesen, sagten die Ermittler jetzt aus. Dass es um Waffen- und Drogengeschäf-

te geht, haben die Beamten aber mitbekommen. Man habe mitgehört, dass Maschinenpistolen und Langwaffen das Thema gewesen seien. Dazu auch große Mengen Marihuana und Kokain.

Polizei hört Autoinnenraum ab

Letztlich war damals das Fahrzeug des Gastwirts nach der Abfahrt aus der Tiefgarage des Bistros in Richtung Asperg von der Polizei abgefangen und kontrolliert worden. Mehrere Waffen und das Rauschgift konnten sichergestellt werden. Auch aus einem Drogenkeller in Markgröningen wurden Drogen und Waffen sichergestellt, wie eine Ermittlerin am gestrigen Prozesstag schilderte.

Dennoch behauptet der Angeklagte, nichts und gar nichts mit Drogen am Hut gehabt zu haben. Nach den Ermittlungen

der Stuttgarter Staatsanwaltschaft soll der 29-Jährige jedoch der Lieferant mehrerer Kilo des Rauschgiftes gewesen sein. Er habe den Stoff in der Tiefgarage des Ludwigsburger Gastwirts eingebunkert. In dem Bistro, so die bereits abgeurteilten Zeugen, hätten sich auch regelmäßige Mitglieder der Rockerbanden Red Legions und Black Jackets (beide inzwischen aufgelöst) die Tür in die Hand gegeben. Sonderbarerweise habe der Wirt ganz persönlichen Kontakt zu den beiden – verfeindeten – Rockergruppen gepflegt.

Dass die Ermittlungen gegen Rauschgiftbanden in und um Ludwigsburg längst nicht abgeschlossen sind, begründete ein Zeuge gestern mit der Mitteilung, man ermittle derzeit unter dem Fahndungsbegriff „Mozart“ noch gegen 60 weitere Verdächtige.

LKZ-Abo soll Neugierde wecken

Likom-Institut finanziert Zeitungslektüre für Ludwigsburger Gemeinschaftsschüler

VON FRANK KLEIN

Die Ludwigsburger Kreiszeitung will Schüler zur Zeitungslektüre motivieren. Zu diesem Zweck spendieren Prominente ein LKZ-Abo, die Schüler können sich dann in Leseecken ausgiebig über aktuelle Entwicklungen auf regionaler und globaler Ebene informieren. Bisher haben sich Sponsoren für zehn Schulen gefunden, jetzt entsteht eine Lesecke im Eingangsbereich der Ludwigsburger Gemeinschaftsschule: Likom, das Ludwigsburger Institut für Konfliktmanagement, Mediation und Seminare, finanziert ein Jahr lang ein LKZ-Abo.

„Für uns ist wichtig, dass die Schüler darüber informiert sind, was in Stadt und Land, aber auch in der Welt passiert“, betonte Siegfried Rapp bei einem Pressetermin in der Gemeinschaftsschule. Der Likom-Leiter ist auch ecuadorianischer Honorarkonsul für Baden-Württemberg und sieht in dieser Funktion Synergieeffekte. Zwei Mal im Jahr, so sein Plan, sollen Gemeinschaftsschüler im Honorarkonsulat am Marktplatz in Abstimmung mit der Gemeinschaftsschule bei öffentlichen Veranstaltungen über Themen wie Klima, Umweltschutz, Integration oder die bedrohte Lage indigener Völker im südamerikanischen Regenwald berichten.



Schulleiter Ralf Brogghammer (links) freut sich über das LKZ-Abo, das Siegfried Rapp vom Likom-Institut der Gemeinschaftsschule sponsort. Foto: Ramona Theiss

Die erforderlichen Informationen könnten die jungen Leute aus ihrer Zeitungslektüre, aber auch aus anderen Quellen wie Interviews mit Betroffenen ziehen. „Es geht nicht nur um das Lesen“, betonte Rapp. „Schüler müssen heutzutage Medienkompetenz erwerben und lernen, Themen zu recherchieren und zu präsentieren.“

Auch das Projekt „1000 Bäume, 100 Bienenweiden“, ein Teil der Klimapartnerschaft zwischen Ludwigsburg und der ecuadorianischen Stadt Ambato, sieht Rapp als geeignet, um die


Schüler für aktuelle globale Entwicklungen zu interessieren.

Schulleiter Ralf Brogghammer begrüßt die Zusammenarbeit mit Likom. Für die heutige Schülergeneration sei es wichtiger denn je, ganzheitlich zu denken und Theorie und Praxis zusammenzubringen, insbesondere in den Naturwissenschaften. „Einzeldisziplinen haben ausgedient“, so Brogghammer. „Wir müssen die Schüler darauf vorbereiten, dass sie in einer komplexen Welt leben, in der es keine einfachen Antworten auf globale Fragen gibt.“

ANZEIGE

Notarkanzlei Dr. Dr. Matthias Damm, Ludwigsburg

Ich habe am 1. November 2019 meine Tätigkeit als Notar in Ludwigsburg aufgenommen. Meine Kanzlei befindet sich in der Pflugfelder Straße 22, 71636 Ludwigsburg – genau gegenüber vom Bahnhof Ludwigsburg in Richtung MHP-Arena.



Notar Dr. Dr. Matthias Damm
Pflugfelder Straße 22, 71636 Ludwigsburg
Tel: 07141-258770, Mail: info@notar-damm.de

Ideen für den Klimaschutz

Erste Jugendklimakonferenz - Anmeldungen noch möglich

Zusätzlich zu den Aktivitäten rund um das Klimabündnis findet am Samstag, 7. Dezember, die erste Jugendklimakonferenz in Ludwigsburg statt. Dafür kommen Jugendliche von vielen Jugendorganisationen in der Stadtbahn-Mensa zusammen. Engagierte Jugendliche und Experten von Hochschulen, Universitäten, Unternehmen, Vereinen, Verbänden und Verwaltung diskutieren über Klimaschutzprojekte und wie sie umgesetzt werden können.

Dabei geht es um ganz konkrete Ergebnisse und Projekte, die noch direkt am



Logo der ersten Jugendklimakonferenz. Foto: Stadt Ludwigsburg

Abend an Bürgermeisterin Gabriele Nießen übergeben und im neuen Jahr dem Ge-

meinderat vorgestellt werden. „Mit dem bunten Angebot an Workshops und Diskussionen wollen wir allen, die am Klimaschutz interessiert sind, die Möglichkeit geben, sich zu informieren und mitzumachen“, erklärt Jessica Gmeiner, die ehemalige Jugendgemeinderätin und Mitorganisatorin. Infos von Klimawissenschaftlern sollen Anregungen geben zu den verschiedenen Schwerpunktthemen. (red)

INFO: Mitmachen können alle Jugendlichen ab zwölf Jahren. Anmeldung unter www.jugendklimakonferenz-lb.de.

Finanzen in Ludwigsburg: Was die Fraktionen sagen

FDP



Johann Heer
Fraktionsvorsitzender

„Wir haben dringenden Handlungsbedarf beim Ausbau von Betreuungsplätzen. Kürzungen und Streichungen halten wir daher für kontraproduktiv.“

FDP fordert Stadt zu mehr Verlässlichkeit auf

Kita-Zuschüsse sollen nur für ein Jahr ausgesetzt werden - Einsparungen beim Arsenalplatz und Busbahnhof - Keine Steuererhöhungen

Die FDP bemüht in ihrer Haushaltsrede einen Song von Cat Stevens: „The first cut is the deepest“ (Der erste Schnitt ist der Tiefste). Damit spielt Fraktionschef Johann Heer auf die Sparmaßnahmen an, die die Stadt vorgeschlagen hat. Manche Einrichtung sei bis „ins Mark getroffen“.

■ **Finanzen:** Die Finanzsituation der Stadt sei ordentlich, allerdings reiche die Liquidität nicht aus, um die Investitionen zu finanzieren. Kreditaufnahmen von 30 Millionen Euro sind erforderlich. „Wir haben hier ein richtiges Verteilungs-, sprich Finanzierungsproblem“, so Heer. Der Kreditbedarf, die Schulden und die Zinslast werden weiter steigen. „Das will die FDP nicht.“ Unpassend sei zudem eine Steuererhöhung. Es bleibe nur eins: „Ausgaben und Projekte schieben, reduzieren, kürzen und streichen.“ Doch hier sei das richtige Maß gefragt.

■ **Betreuung:** Mit der vorgelegten Streichliste, sprich: „Nicht umgesetzte Maßnahmen 2020-2023“, seien manche Einrichtungen und

Institutionen bis ins Mark betroffen, die bisher mit dem teils zugesagten Zuschuss fest gerechnet haben. Gerade im Hinblick auf die Verlässlichkeit der Stadt sollte sorgsam mit den freien Trägern umgegangen werden. „Wir haben dringenden Handlungsbedarf beim Ausbau von Betreuungsplätzen für den U3 und Ü3-Bereich. Kürzungen und Streichungen halten wir daher für kontraproduktiv und nicht zielführend.“ Erst kürzlich habe man dem Umbau der Kita Kreuzkirche zugestimmt. Die FDP möchte, dass die Streichungen der geplanten Zuschüsse nur für das Jahr 2020 für die sechs Kitas gelten.

■ **Investitionen:** Die FDP nennt Projekte, die die Stadt und den Gemeinderat beschäftigen und auch zukünftig beschäftigen werden. Dies seien der Aus- und Neubau von weiteren Kindergartenplätzen, die Erschließung von neuen Wohnbauflächen und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, Schulhausneue- und Umbauten, Sporthallenbau, Radwegbau, die zentrale Innenstadt-

gestaltung ZIEL, die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur und das Stadtbahnprojekt, der Ausbau der E-Mobilität, die Förderung der Kultur- und Sporttreibenden Vereine und vieles andere mehr. Das koste Geld, das die Stadt in dem erforderlichen Maß nicht habe, so Heer. „Denken wir allein an das Bildungszentrum West. Insofern benötigen wir einen ausgewogenen Mix aus geeigneten Fördermaßnahmen, die nicht zwangsläufig Dauermaßnahmen enthalten müssen.“ Ein Projekt verträge keinen Aufschub, nämlich die Toilettenanlage bei der Schubartschule. Notfalls auch mithilfe eines Containers.

■ **Personal:** Die Personalkosten stiegen in den Jahren 2018 und 2019 auf 87 Millionen Euro. Ein weiterer Anstieg um zehn Millionen ist für das Jahr 2020 eingeplant. „Wir müssen ernsthaft über diese und zukünftige Steigerungen nachdenken. Hier bedarf es einer Aufgabenkritik.“ Die FDP sieht hier bereits neue Steuererhöhungen auf Bürger und Gewerbe zukommen.

■ **Anträge:** Die FDP weist darauf hin, dass es noch etwa 72 Anträge aus den Fraktionen im Zeitraum von 2012 bis 2019 gibt, die noch nicht erledigt seien. Heer: „Wir sollten uns darüber verständigen, wie wir mit diesen Anträgen umgehen, wie diese zeitnah abgearbeitet werden können.“

■ **Bahnhof:** Sinnvoll sei die Schaffung des Westausgangs am Bahnhof gewesen. Mit dem Verzicht auf eine weitere Unterführung der trennenden Bahnlinie falle eine aus Sicht der FDP wichtige Maßnahme dem Rotstift zum Opfer. Die FDP trage dies schweren Herzens mit. Die Umgestaltung des Busbahnhofs sollte erst der Planung/Umsetzung des Stadtbahnprojektes erfolgen. Der Umbaubeginn des ZOB könne deshalb vorerst zurückgestellt werden.

■ **Landesgartenschau:** Beharrungsvermögen verlangt die FDP mit Blick auf die Bewerbung für eine Landesgartenschau. Sie verlangt, dass sich die Stadt erneut bewirbt. Die Ansätze für den Walckerpark sollen jedoch reduziert

werden, weil dafür „zu großzügig“ Mittel eingesetzt werden sollen.

■ **Verkehr:** Die FDP verlangt die Einrichtung von Tempo-30-Zonen, etwa in der Wilhelmstraße, der Robert-Franck-Allee und Aldinger Straße. Tempo 30 oder 40 sei auch in der Martin-Luther-Straße oder der Schorndorfer Straße vorstellbar. Zur Entlastung der Innenstadt fordere die FDP eine Parkierungsanlage im Bereich der Bärenwiese.

■ **Wohnen:** Die FDP verlangt, dass die Stadt eine Stadtentwicklungsgesellschaft einbindet, zur Umlegung und Bebauung von zukünftigen Wohngebieten. Die bisherige Entwicklung von Neubauflächen gehe nur äußerst schleppend voran.

■ **Sport:** Die FDP verlangt Planungs- und Bauraten für die Mehrzweckhalle Oßweil, ferner Planungsmittel für Poppenweiler. Umgeschichtet werden soll das Geld vom Projekt ZIEL, der Arsenalplatz könne später umgestaltet werden. (hpi)

SERIE

Redebeiträge

Was läuft gut, was schlecht? Die Fraktionen im Gemeinderat beziehen Stellung. Ihre Redebeiträge in der Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2020 stellt unsere Zeitung in Kurzfassung vor. Heute die FDP-Fraktion.